

Unter anderem in dieser Ausgabe:

ÖKOLOGISCH: BUNDESTREFFEN DER ÖPL IN DÜSSELDORF S. 4-5

AUS DER FRAKTION: VON DER KOMMUNE BIS ZUM BUND S. 6-7

VOR 100 JAHREN: DAS ENDE VON SACHSENS LINKSREPUBLIC S. 8-9

KRIEG & FRIEDEN: ÜBER MILITARISIERUNG UND MILITARISMUS S. 11

Veranstaltungstipp

Nein zu Aufrüstung und Krieg!

Demonstration: Für eine Rückkehr zum Völkerrecht. In Zukunft investieren statt in Rüstung. Am 25. November, 13 Uhr, auf dem Pariser Platz am Brandenburger Tor in Berlin.

Seite 12

Mitteilungsblatt

Ausgabe 11/2023

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



4. November 2023, Susanne Schaper und Stefan Hartmann als Spitzenkandidierende nominiert.

Foto: Hanna-Katharina Tozke, DIE LINKE. Sachsen - www.flickr.com

Der Zukunft zugewandt

Kay Kamieth Unsere Leipziger LINKE bereitet sich auf Kommunalwahl 2024 vor. Am Sonnabend, dem 21. Oktober 2023, fand die 2. Tage des 8. Stadtparteitags der Leipziger LINKEN im Felsenkeller statt. Von den eingeladenen Mitgliedern waren 205 anwesend.

Dabei sprachen auch verschiedene Gäste zu den Versammelten. In seiner Rede ging der Parteivorsitzende Martin Schirdewan auf das Thema Soziale Ungerechtigkeit und Verteilung von Reichtum ein. Er berichtete zudem von seiner Arbeit im Europäischen Parlament. DIE LINKE macht Politik im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter. „Lasst uns den Blick nach vorn richten und dafür sorgen, dass DIE LINKE wieder stärker wird.“

Auch die anwesende Co-Landesvorsitzende Susanne Schaper sprach zu den Leipziger

GenossInnen. Ihrer Meinung nach braucht es eine politische Kraft, die sich für Solidarität, Umweltschutz, Gesundheitsschutz und Antifaschismus einsetzt. „Die Feinde der ArbeiterInnenklasse sitzen nicht im Seelenverkäufer vor Lampadusa, sondern im Privatjet nach Sylt.“ Dabei bedauerte sie die drohende Abspaltung und hielt sie für falsch. Nach dem Montag sollte „die emotionale Inkontinenz vor allem auf Twitter endlich eingestellt werden und nicht mehr übereinander, sondern miteinander gesprochen und sich tatkräftig für eine starke LINKE eingesetzt werden.“

Manuela Grimm, Vorsitzende des DGB Leipzig/Nordsachsen, warb für die Initiative „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“. Diese gibt es bundesweit bis auf Ausnahme in Sachsen und Bayern. Damit sich das in Sachsen verbessert, sammelt aktuell ein breites Bünd-

nis in Sachsen Unterschriften. Dazu erklärt Grimm: „Jetzt ist Zeit für Bildungszeit und die Arbeitgeber sollten dieses Engagement ihrer Beschäftigten auch wertschätzen.“ Bis Mai nächsten Jahres sollen dafür 40.000 Unterschriften gesammelt werden. Außerdem warb sie dafür, sich in die gewerkschaftliche Arbeit einzubringen. Gute Löhne gibt es nur mit starken Gewerkschaften.

Der Vorsitzende der Leipziger LINKEN, Adam Bednarsky, ging in seiner Eröffnungsrede darauf ein, warum man sich für DIE LINKE engagieren sollte. In seiner Rede ging er auf außenpolitische Krisen ein und die Notwendigkeit, dass die innerparteilichen Debatten dazu sachlich, klar und wertschätzend geführt werden müssen. Wir müssen an unseren Defiziten arbeiten und die Gemeinsamkeiten stärken, so wie am 5. September letzten Jah-

Fortsetzung auf Seite 2

Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MIB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Bei einigen Terminen ist eine vorherige Anmeldung nötig. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Mo. 4. Dezember 2023, 17:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Do. 7. Dezember 2023, 17:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow

Sozialberatungen:

- jeden 1. Mo. 17:00 bis 18:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18, bitte um vorherige Terminvereinbarung unter: Tel. Nr.: (0341) 231 84 40, per Mail: soeren.pellmann@bundestag.de
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1., 3. und 5. Mi. 17:00 bis 19:00 Uhr, Poliklinik, Taubestraße 2, Mail: sozialberatung-no@dielinke-leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: Mi. 6. Dezember 2023, 18:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: Mi. 13. Dezember 2023, 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): Do. 14. Dezember 2023, 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus



res, als im Rahmen des Heißen Herbstes die größte LINKE-Demo seit Jahren in Leipzig organisiert haben. Auch wenn die Lage der Partei schwierig ist, sagen wir: Jetzt erst recht!“

Für die kommende Kommunalwahl 2024 erklärt Bednarsky: „Wir waren bei der letzten Kommunalwahl die stärkste der Parteien und wir wollen im nächsten Jahr die stärkste der Fraktionen im Stadtrat bleiben – trotz alledem! Das ist unser Anspruch, unsere Motivation und ein Grund für die weitere Geschlossenheit im Stadtverband.“

An der darauf folgenden Generaldebatte auf dem Parteitag beteiligten sich 17 GenossInnen. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde der 1. Entwurf des LINKEN Kommunalwahlprogramms vorgestellt. Dieser enthält aktuell in sieben Kapiteln knapp 500 kommunalpolitische Forderungen. Aber auch das Spitzenteam, mit welchem DIE LINKE Leipzig in den Kommunalwahlkampf ziehen möchte, wurde den Genossinnen und Genossen vorgestellt.

Für den Listenplatz 1 schlägt der Stadtvorstand vor: Wahlkreis 0: Franziska Riekewald, Wahlkreis 1: Steffen Wehmann, Wahlkreis 2: Beate Ehms, Wahlkreis 3: Olga Naumov, Wahlkreis 4: Juliane Nagel, Wahlkreis 5: Mandy Gehrt, Wahlkreis 6: Sören Pellmann, Wahlkreis 7: Volker Külow, Wahlkreis 8: Enrico Stange und für den Wahlkreis 9: Oliver Gebhardt. Für den Listenplatz 2 schlägt der Stadtvorstand vor: Wahlkreis 0: Michael Neuhaus, Wahlkreis 1: Elisa Gerbsch, Wahlkreis 2: Siegfried Schlegel, Wahlkreis 3: William Rambow, Wahlkreis 4: Marco Götze, Wahlkreis 5: Mohammed Okasha, Wahlkreis 6: Christine Halle, Wahlkreis 7: Brunhild Fischer, Wahlkreis 8: aus persönlichen Gründen aktuell unbesetzt und für den Wahlkreis 9: Cornelia Falken. Gewählt werden die für die Stadtratswahl 2024 Kandidierenden am 9. März 2024. Ebenfalls wurden auf dem Parteitag die zwölf Delegierten für den Bundestag und die Vertreterinnen sowie Vertreter für die Aufstellung der EU-Wahlliste gewählt. Zusätzlich wurde eine neue Satzung für den LINKE-Stadtverband diskutiert und bestätigt.

DIE LINKE. Sachsen stimmt sich auf Wahljahr ein

DIE LINKE. Sachsen hat am 5.11.2023 in Chemnitz ihren dreitägigen Parteitag beendet. Im Zentrum stand die Vorbereitung der Kommunal-, Europa- und Landtagswahl 2024. Außerdem wurden ein neuer Landesvorstand sowie weitere innerparteiliche Gremien gewählt. Die Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann kommentieren das Ergebnis wie folgt: „Ein guter Parteitag liegt hinter uns, wir gehen hoch motiviert ins Wahljahr 2024.“

Die drei Tage lassen sich gut in vier Worten zusammenfassen: Klar, ehrlich, selbstkritisch und selbstbewusst. Die vielen Redebeiträge der Genossinnen und Genossen machten uns Mut und betonten das Gemeinsame.

In Vorbereitung der Kommunalwahlen beschloss der Parteitag ein Rahmenwahlprogramm, welches ein Novum darstellt. Es fasst die Vorstellungen der LINKEN für soziale und starke Kommunen zusammen und macht über 300 Vorschläge, die die Kreis- und Ortsverbände in ihre eigenen Wahlprogramme übernehmen können.

Für die Landtagswahlen 2024 wurden Susanne Schaper und Stefan Hartmann als

Spitzenkandidierende nominiert. DIE LINKE. Sachsen geht damit erstmals mit einer Doppelspitze in den Wahlkampf. Ebenso fasste der Parteitag wichtige organisatorische Beschlüsse in Vorbereitung der Landtagswahl.

Des Weiteren wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, dem Susanne Schaper und Stefan Hartmann weiterhin als Landesvorsitzende vorstehen. Neue stellvertretende Vorsitzende sind Anja Eichhorn und Markus Pohle. Lars Kleba als Landesgeschäftsführer und Andrea Kubank als Landesschatzmeisterin wurden bestätigt. Der Parteitag beschäftigte sich weiterhin mit den kommenden Europawahlen. Zu Gast war die designierte Spitzenkandidatin zur Europawahl, Carola Rackete. Sie sprach zum Parteitag und kommentierte unter anderem die Bedeutung einer sozial-gerechten Klimapolitik: „Klimapolitik im Sinne einer echten Klimagerechtigkeit muss ein zentrales Anliegen einer linken Partei sein. Damit noch die Chance besteht, die Klimakrise zu bekämpfen, braucht es eine konsequente und sozial-gerechte Klimapolitik. Wer soll die durchsetzen? Ursula von der Leyen? Es braucht dafür eine starke LINKE!“

In den roten Herbst mit Sören Pellmann

Lena Schmidt Langsam färben sich die Blätter, Leipzig wird in ein warmes Gelb und Rot getaucht und im Bundestag ist sitzungsfreie Woche. Das heißt für Sören Pellmann: Auf geht's in den Wahlkreis! Die ersten drei Novembertage ging es auf Herbsttour, um bei verschiedenen Stationen im Leipziger Süden Halt zu machen und sich ein Bild von den vielfältigen Herausforderungen und Anliegen in seinem Wahlkreis zu verschaffen.

Der Mittwoch begann mit einem Treffen mit einem Vertreter des Verbandes Jahrfeier Völkerschlacht b. Leipzig 1813 e. V., welcher v. a. in Dölitz aktiv ist. Der Genosse Gerd Krahn vom Bürgerverein Dölitz e. V. begleitete Sören. Der Verband ist für seine historischen Nachstellungen der Völkerschlacht bekannt, auch in Uniform. Dabei gehe es den Mitgliedern nicht darum, die Kriegsschlacht von 1813 zu verherrlichen, sondern vielmehr durch diesen Ansatz der „lebendigen Geschichte“ einen niedrigschwelligen Zugang zu diesem historischen Thema zu schaffen und somit Stadtgeschichte einfach begreifbar zu machen. Der Verband realisiert auch noch einige weitere Projekte zu dem Thema, wie z. B. das Zinnfigurenmuseum im Torhaus Dölitz, oder das Besuchen von Schulklassen in historischer Uniform. Im Rahmen dieser Bildungsarbeit sollen die Hintergründe der Schlacht und das Leid der beteiligten Soldaten beleuchtet werden. Darin stecke auch das Potenzial, einen aktuellen Bezug herzustellen und daran zu erinnern, welcher Gräuel auch heute noch von Krieg ausgeht. Zusätzlich berichtete der Verband von seiner Zusammenarbeit mit der Stadt und äußerte Sorge darüber, dass ihr privat geführtes, kleines Museum eventuell nicht mit den vier städtischen Museen konkurrieren könne, die ab 2024 kostenfreie Eintritte für ihre Dauerausstellungen anbieten werden. Außerdem wurde gemeinsam überlegt, wie eine nähere Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing und der Leipziger Tourismusstelle entstehen kann und wie der finanzielle Aufwand, das Museum zu bewerben, gestemmt werden kann.

Anschließend traf sich Sören mit lokalen Gewerbetreibenden, um sich ein Bild von

deren Geschäftssituation zu machen. Zuerst berichtete einer der beiden Geschäftsführer des Gohliser Fitnessstudios Aktiv Forum Leipzig, Marcus Scholz, welche anhaltenden Folgen Corona-Pandemie, gestiegene Energiekosten und Inflation auf die Mitgliederzahlen und das Geschäft haben. Wie viele andere Unternehmen auch, hatte das kleine, inhabergeführte Studio während der Pandemie mit starken finanziellen Verlusten zu kämpfen. Diese konnten teilweise durch die Corona-Hilfen aufgefangen werden, allerdings fiel die Überbrückung oft nicht leicht, die Rückerstattung der Kosten erfolgte oft erst Monate später. Auch nach der Pandemie machen sich die finanziellen Einbußen bemerkbar, die Entschädigungen vom Bund reichen nicht aus. Hinzu kommt, dass mittelständischen Unternehmen, die ohnehin finanziell vorbelastet sind, oft Kredite verwehrt werden. Unter solchen Umständen kommt man als Fitnessstudio-Betreiber ins Schwitzen – und zwar nicht nur beim Training. Geschäftsführer Marcus Scholz wünscht sich, dass Bund und Kommune gemeinsam Verantwortung übernehmen und kleine Unternehmen nachhaltig unterstützen.

Ähnliches schilderten die beiden Gastronomie-Unternehmer der dreiturmspringer GmbH. Die beiden Gastronomen betreiben mehrere Restaurants, Bars und Feinkostgeschäfte in Leipzig und berichteten ebenfalls darüber, wie sich das Pandemiegeschehen, gestiegene Kosten, aber auch der Fachkräftemangel in der Leipziger Gastronomie-Szene bemerkbar machen. Aufgrund von Personalmangel müssen immer mehr Leipziger Kneipen und Restaurants ihre Öffnungszeiten kürzen. Hinzu kommen z. B. hohe Lohnnebenkosten, die geplante Mehrwertsteuererhöhung zurück auf 19 % und ein Übermaß an Bürokratie von Seiten Ordnungsamt und Gewerbeaufsichtsamt. Diese schwer verdaulichen Happen werden es auch 2024 den Gastro-Gewerben in Leipzig nicht leicht machen, so die beiden Inhaber.

Am Donnerstag standen Stationen in Probstheida auf dem Programm. Ein relativ bekannter Fußballverein aus diesem Stadtteil

konnte in Augenschein genommen werden. Der 1. FC Lok kann mit der ältesten Holzfußballtribüne und einer erfolgreichen Jugendabteilung aufwarten. Im Gespräch mit dem Präsidenten Torsten Kracht wurden insbesondere beim anwesenden Bundestagsabgeordneten Kindheitserinnerungen wach. Erzählungen über das europäische Fußball-Gipfeltreffen mit Maradona 1988 im Zentralstadion, der eine auf dem Feld, der andere auf den Zuschauertraversen waren eine gute Gesprächsgrundlage über die Anforderungen der Gegenwart. Profund flankiert wurde dieser Thementag durch die Gegenwart unseres Bürgermeisters Heiko Rosenthal. Im Anschluss an den Besuch des Bruno-Plache-Stadions besuchten wir den Südfriedhof, auf dem die Paul-Benndorfgesellschaft zu Leipzig eine bemerkenswerte Rundreise einlud. Die Lebendigkeit der Erzählungen an friedvollem Ort waren erstaunlich.

Der Freitag stand im Zeichen der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. In der DGB-Geschäftsstelle traf sich Sören mit VertreterInnen von ver.di, GEW, DGB und DGB-Jugend. Es wurde beispielsweise darüber beraten, wie man streikende ArbeitnehmerInnen in Leipzig und Umland noch besser unterstützen und Streikbedingungen verbessern könnte, auch für Beschäftigte aus kleinen Betrieben, die nicht streik-gewöhnt sind. Ein weiteres großes Themenfeld betraf gute Bildung für alle. So wurde z. B. gemeinsam überlegt, wie man die Berufsschulen Leipzigs stärken kann, da auch diese stark vom LehrerInnen-Mangel betroffen sind und zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Vom (bildlichen) Schulhof ging es auf den Uni-Campus: Die Initiative TV-Stud der GEW setzt sich für Tarifverträge und faire Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten ein. Weitere diskutierte Themen waren u. a. die Zukunft der Leipziger Kitas sowie Bildungsurlaub für Sachsen. Ein passender Abschluss der Wahlkreistour. Es war motivierend zu sehen, wie engagiert die Gewerkschaften nach Lösungen suchen und sich für eine bessere Zukunft in Leipzig einsetzen.



ÖPL – Bundestreffen in Düsseldorf

Johanna Glameyer Vom 1 – 3. 9.2023 lud die ökologische Plattform der LINKEN zum Bundestreffen in die NRW-Landesgeschäftsstelle nach Düsseldorf ein. Die ÖPL ist basisdemokratisch organisiert und parteioffen. Als ökosozialistische Plattform hat sie inner- und überparteiliche Mitglieder. Eine wichtige Aufgabe sieht die ÖPL darin, die Präsenz des ökologischen Themas auch innerhalb der LINKEN zu erhöhen. Mehrfach im Jahr wird die Zeitschrift „Tarantel“ herausgegeben, in der themenrelevante Artikel veröffentlicht werden. (Hinweise dazu sowie einen Artikel der aktuellen Doppelnummer 95/96 finden sich unter <https://www.oekologische-plattform.de/2023/06/tarantel-doppelnummer-95-96-endlich-auf-dem-weg/>)

Im Rahmen des Bundestreffens waren alle Interessierten, „... die für den Erhalt unserer Lebensbedingungen kämpfen ...“, zur Teilnahme eingeladen. Zum Einstieg wurde am Samstagvormittag der Tisch für einen veganen Vernetzungsbrunch gedeckt. Dies nutzten Jung und Alt zu regem Austausch oder erstem Kennenlernen.

Sozusagen unter dem Motto: „Ohne Mampf kein Kampf!“ war allen Teilnehmenden schnell klar: „(Nur) gemeinsam sind wir stark und können der Jahrhundertaufgabe Ökosystemerhalt auch etwas entgegensetzen.“

Um 13 Uhr wurde das Bundestreffen offiziell von Marcus Otto/ÖPL Berlin eröffnet. Im Verlauf des Nachmittags wurden intensiv Zusammenhänge folgender Themen diskutiert: Armut, Kolonialismus, Neokolonialismus & Klima, Antikapitalismus & Klima, Klimagerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Artenschutz/Tierschutz, Ökonomie & Ökologie, Umweltpolitik = Sozialpolitik, Verkehrswende & Energiewende

Großes Augenmerk wurde auch auf die Möglichkeit der Stärkung und Aktivierung der ÖPL gelegt und den Wunsch, DIE LINKE verstärkt als ökosozialistische Partei zu etablieren, sich also Fragen um Klimakatastrophe und Artensterben mit höherer Wichtigkeit und Eindringlichkeit auf die roten Fahnen zu schreiben.

Unter dem Titel „Mit dem EU-Parlament zur Klimaneutralität“ fand ein Fachgespräch zwischen Dr. Didem Aydurmus und Prof. Dr. Dr. Helge Peukert statt. Unter anderem auf der Grundlage seiner Veröffentlichung „Klimaneutralität jetzt - Update 2022“ (Metropolis Verlag) wurde der Frage nachgegangen, welche Rolle das EU-Parlament für Klima- und Umweltschutz spielen kann.

Deutlich wurde in diesem Gespräch: Wir haben nicht wirklich so etwas wie ein Rest-

budget. Helge Peukert legte dar, dass die „tolerierbare“ Anstiegsrate von 1,5 % real bereits bei 3 % liegt, was für Deutschland einen Temperaturanstieg von 4-5 Grad bedeutet. Ein radikales Umdenken ist dringend erforderlich und das Gebot der Stunde lautet „Verzicht“.

Dann ging es an die Vorbereitung des Europaparteitags und Anträgen zu diesem. Unter anderem wurde debattiert, ob ein Antrag der ÖPL zur solidarischen Regionalpolitik in den transnationalen Raum übertragbar ist und ein Blick darauf geworfen, welche Kandidat*innen zur Wahl stehen.

Um Wahlen ging es auch am Sonntagvormittag, nämlich konkret um die Möglichkeit, sich in den Sprecher*innenrat der ÖPL wählen zu lassen. Drei Positionen waren dort vakant und sollten, gerne auch von Personen außerhalb Berlins, neu besetzt werden. Mitarbeit auf anderer Ebenen und in anderen Bereichen der ÖPL wurden ebenfalls diskutiert und Interessent*innen konnten sich für eine Beteiligung nach Vorliebe und verfügbarer Zeit zur Mitarbeit entscheiden. Neue Gesichter sind immer willkommen – es gibt viel zu tun. Und – die Zeit drängt.

Zum Abschluss möchte ich Marcus Otto als einen der Sprecher:innen der ÖPL zu Wort kommen lassen. Er war so freundlich, sich Zeit für die Beantwortung einiger Fragen zu nehmen und ergänzte damit auch den Einblick in das Bundestreffen.

J.G.: Was sind deine Vorstellungen/ Wünsche von der ÖPL, ihrer Arbeit, ihrer Wirkfähigkeit?

M.O.: Im Prinzip möchte ich genau das erreichen, was die ÖPL bereits zu ihrer Gründung vor fast dreißig Jahren plante, nämlich Sammelbecken all jener zu sein, die sich in DIE LINKE mit ökologischen Themen beschäftigen. Wir wollen diese Leute miteinander vernetzen, ihren Themen einen Raum geben und eine Verbindung zur Partei und zu den ökologischen Bewegungen auch außerhalb von DIE LINKE herstellen. Hauptziel wäre es in diesem Sinne dazu beizutragen, dass keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass neben Frieden und Sozialem auch Umwelt (mit Klima) die dritte, zentrale Säule linker Politik ist. Guckt man sich die Umfragen an, so sehen das viele in dieser Gesellschaft anders, trotz guter Programme, die DIE LINKE da hat. Bezüglich unserer Wirkfähigkeit besteht somit noch Luft nach oben. Der ÖPL gelingt es aktuell vor allem, intensiv in der Partei zu wirken. Hier haben wir immer wieder entscheidenden Einfluss auf die Programmatik. Mit Didem Aydurmus haben wir auch jemand im Parteivorstand.

Doch schon bei der Sammlungsbewegung gibt es enorme Schwierigkeiten. Die ÖPL sieht sich eigentlich nicht als eine Strömung, sondern als einen themenorientierten Zusammenschluss, der die Aufgabe hat, Mitglieder mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Strategien unter einen Hut zu bekommen. Die Gründung der BAG Klimagerechtigkeit vor einigen Jahren hat uns gezeigt, dass das nicht vollständig gelungen ist. Das ist schade, denn so wurschteln zwei ähnliche Gruppen letztendlich an ähnlichen Fragen und an der Aufgabe, organisatorische Strukturen aufrecht zu erhalten.

Generell wäre mein Wunsch, dass hier die Gruppen, die in DIE LINKE an ökologischen Fragen arbeiten, sich auch an der innerparteilichen Vernetzung beteiligen und miteinander Landesstrukturen aufbauen und ihre Arbeit weiter über die BAG austauschen. Da können wir noch besser werden, denn vielfach arbeiten die kommunalen Gruppen sehr für sich. Unser Potenzial haben wir als Zusammenschluss da bisher noch nicht voll ausgeschöpft, was vielleicht auch daran liegt, dass wir keine Hauptamtlichen haben.

J.G.: Welche Wünsche hattest du an das Vernetzungs- und Bundestreffen?

M.O.: Der banalste Wunsch war sicherlich, den organisatorischen Zusammenhalt zu sichern. Wir haben, wie manche andere thematische Zusammenschlüsse auch, in der Corona-Zeit einige Federn gelassen. Auch die Auseinandersetzung zwischen Bundestagsfraktion und Partei hat sich bei uns – gerade durch die mangelhafte Kommunikation ökologischer Themen durch die Bundestagsfraktion – nicht gerade positiv auf die Beteiligung ausgewirkt. In den letzten Jahren haben wir dadurch und aus Altersgründen viele prägende Figuren verloren. Für uns war das Bundestreffen daher wichtig, um uns auch personell weiter zu erneuern. Das ist uns durch den Eintritt von Edith und Alex in den Sprecher*innenrat gelungen. Die früher ungünstige Fokussierung auf Berlin ist inzwischen überwunden – unsere Sprecher*innenratsmitglieder kommen jetzt auch aus Baden Württemberg, Brandenburg und NRW.

Wichtig war auch, uns auf den kommenden Parteitag vorzubereiten – leider war die Vorlage für das Europawahlprogramm noch nicht auf dem Tisch, sodass wir nur sehr allgemein darüber reden konnten. Wir haben durch den sehr engagierten Vortrag von Professor Dr. Helge Peukert über die EU-Klimaziele, real vorhandene Restbudgets und den Technikoptimismus in den "Fit für 55" Plänen der EU einiges an Material, um den Programmwurf ökologisch aufzuwerten. Daran werden wir dieses Jahr wieder mit einigen

Änderungsanträgen arbeiten - denn trotz jahrelanger Kärnerarbeit bleibt es leider Fakt, dass die Facharbeitsgruppen bei der Vorbereitung der EU-Programme erst nach dem ersten Entwurf einbezogen werden.

J.G.: Was war dein Highlight? Was nimmst du mit?

M.O.: Ein herzlicher Dank geht meinerseits auch an die Partei in NRW. Wir haben erstmals nicht in einem Seminarhaus oder in einer Jugendherberge getagt, sondern die Gastfreundschaft einer Landespartei in Anspruch genommen. Dies war eine sehr gute Erfahrung, denn es gab beim gemeinsamen Essen-vorbereiten Einkaufen etc. viele Dynamiken, die sonst nicht so stattfinden. Anders als bei früheren Treffen waren wir diesmal leider nicht bei einer Veranstaltung oder einem Wahlkampf vor Ort dabei. Das sollte meines Erachtens 2024 wieder der Fall sein - vielleicht können wir ja nach Sachsen kommen und dann auch im Wahlkampf ein wenig dabei sein. Aktuell ist die Entscheidung für den Ort noch nicht gefallen.

J.G.: Was wünschst du dir für die Zukunft für diese Plattform?

M.O.: Schön wäre es, wenn wir bis zum nächsten Treffen wieder auf funktionierende Gruppen in allen Bundesländern zurückgreifen könnten. Die ÖPL ist in ihrer Grundstruktur eine Bottom up Organisation, die auf die Arbeit vor Ort angewiesen ist und mehr Länder repräsentieren muss.

Mittelfristig ist es außerdem wichtig, dass es enge Verbindungen zu den Fachpolitiker*innen in Bundestag und Landtagen gibt. Das war schon in der Vergangenheit nicht immer einfach, da die Bedürfnisse der Genoss:innen an der Basis und auf der parlamentarischen Ebene sehr

unterschiedlich sind. Mein Ziel wäre, dies so zusammen zu bringen, dass wir miteinander unter einem Dache agieren, wenn auch mit unterschiedlichen Methoden. Wir haben eine Welt zu verlieren - das verhindern wir nur gemeinsam.

Danke Marcus für diese Ein- und Ausblicke. Und, wer weiß, vielleicht findet das ÖPL Bundestreffen ja im kommenden Jahr tatsächlich in Leipzig statt - das Liebknecht-Haus verfügt über den sehr schönen Rosa-Luxemburg-Raum und einen Garten, der ebenfalls zum Tagen und Feiern einlädt.

Alle Zitate sowie die Abb. stammen von der ÖPL Webseite: <https://www.oekologische-plattform.de/>



Arbeitskampf oder Klassenkampf?

Stefan Nagel | DIE LINKE zwischen Reform und Revolution

Die Unterstützung von Lohnabhängig Beschäftigten in ihren Auseinandersetzungen mit der Kapitaleseite ist ein zentraler Bestandteil linker Politik. Wir sind oft und gerne an den Streikposten. Es ist uns wichtig, die Realität der Menschen, für die wir Programme schreiben, im Blick zu haben. Die teilweise haarsträubenden Berichte aus ihrer Arbeitswelt lassen dabei niemanden kalt. Sie geben Motivation und Kraft.

Doch wofür? Für das politisch Machbare innerhalb des vom Kapitalismus zugelassenen Handlungsspielraums?

Oder für eine klare Systemkritik und dem Erarbeiten von Alternativen? Hier muss das Pendel viel öfter zu letzteren ausschlagen. Denn dort, wo die Möglichkeiten der Gewerkschaften und Betriebsräte und somit des Arbeitskampfes enden, muss linke Politik weiter gehen. Ich möchte dies an einem Beispiel beschreiben. GKN Driveline in Zwickau. Ein Zulieferer für die Automobilindustrie mit jahrzehntelanger Geschichte am Standort und nach wie vor schwarzen Zahlen. Inzwischen gehört das Unternehmen einer Investmentgesellschaft, welche die Produktion ins billigere Ausland verlagern will. Der Betrieb und 835 tarifgebundene Arbeitsplätze würden unwiederbringlich aus Zwickau verschwinden. Die sächsische Lan-

desregierung hat erfolglos beim Vermitteln neuer Investoren geholfen. So blieb der IG Metall nichts anderes übrig, als die Bedingungen der Abwicklung zu verhandeln. Aber auch wenn man neue Investoren gefunden hätte, muss man die Frage stellen, was das für die Beschäftigten dann bedeutet.

Wir brauchen Konzepte, mit denen der Freistaat in diesen Fällen einspringt. Entweder als Arbeitgeber der die Produktion, eingebettet in eine Strategie zur Mobilitätswende, umstellt ODER die Beschäftigten dabei unterstützt ihr Unternehmen in Eigenregie weiter zu führen. Also Vergesellschaftung oder Produktionsgenossenschaft! Um solche Konversionskonzepte umsetzen zu können, müssen wir die Beschäftigten stärker in politische Prozesse einbinden, denn bei ihnen liegt die Expertise in ihren Bereichen. Dazu reicht es eben nicht nur am Werkstor zu stehen, wenn es brennt. Auch im "normalen" Betrieb müssen wir hinter den Werkstoren wirken und Vertrauen aufbauen können. Dies gelingt nur, wenn Linke sich immer wieder in die politischen Diskussionen in den Pausenräumen oder Raucherinseln einmischen können. Hier

müssen sie die kapitalistischen Mechanismen hinter den Sorgen, Ängsten und Nöten der Kolleg*innen offenlegen, die Profiteure benennen und sozialistische Modelle als Gegenentwurf zum Kapitalismus anbieten können.

Es gibt diese Linken in der Arbeitswelt. Wir müssen sie mobilisieren, bilden, unterstützen, in die politische Arbeit einbeziehen und so zu Multiplikatoren machen. Multiplikatoren in beide Richtungen! Ich bin seit 25 Jahren Arbeiter und seit 2 Jahren aktiv in der Linken.

Dass ich in den Landesvorstand der Linken in Sachsen gewählt wurde, zeigt, dass DIE LINKE diesen Weg gehen will.

Foto: Hanna-Katharina Totzke
DIE LINKE. Sachsen - www.flickr.com



Teilhabe mit LINKS

Uwe Fiedler Eine Konferenz, die nicht stattfinden durfte

Mit der Verkündung des Parteiaustritts von mehreren Bundestagsabgeordneten stehen leider nicht nur das Ende der Bundestagsfraktion und die damit verbundenen Konsequenzen für die Arbeitsplätze der FraktionsmitarbeiterInnen fest, auch die unmittelbare politische Wirksamkeit der verbliebenen LINKEN im Bundestag ist ebenfalls deutlich eingeschränkt. Große und Kleine Anfragen, Anträge, Redezeit im Plenum, Mitarbeit in den Ausschüssen, Aktuelle Stunden - all das steht zur Disposition, es ist zum Zeitpunkt des Schreibens dieser Zeilen noch völlig unklar, ab wann sich aus den Resten der vormaligen Fraktion eine Gruppe bilden kann und welche Rechte dieser von der Bundestagsmehrheit zugestanden werden.

Ohne Fraktion kein Fraktionsbudget, das bedeutet also auch keine aus diesen Mitteln finanzierten Veranstaltungen mehr. Darunter fällt u. a. die vom Büro Pellmann in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fraktionsreferenten für Teilhabe und Inklusion - geplanten Konferenz „Teilhabe mit LINKS - Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen“.

Die für den 08.12.23 geplante Konferenz sollte sich mit den Themen Inklusion, Teilhabe und Behinderung beschäftigen. Unter anderem waren Vorträge und Diskussionen zu einem inklusiven Arbeitsmarkt, zur Über-

arbeitung des Bundesteilhabegesetzes und zur Selbstvertretung und Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen geplant.

Es waren hochkarätige Referentinnen und Referenten vorgesehen - das Einführungsreferat hätte Prof. Dr. Felix Welti (Uni Kassel, Experte für Sozial- und Gesundheitsrecht) gehalten, er ist ein renommierter Experte auf diesem Gebiet und hat eine beachtliche Reihe von einschlägigen Publikationen verfasst. Er hätte sicherlich viele wertvolle Impulse und Anregungen für die Diskussionen und Anträge der Konferenz liefern können.

Zum Thema „Anforderungen an für einen inklusiven Arbeitsmarkt“ hätten u. a. Dorothee Czennia (VDK Deutschland) und Claudia Rustige (Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen) referiert. Anschließend hätten im zweiten Block Helmut Weiss-Erb (Bundesvorsitzender der Schwerbehindertenvertretungen in den gemeinsamen Einrichtungen), Petra Barth (Werkstatträte Deutschland) mit Nicole Burek und Andrea Metternich (Starke.Frauen.Machen. e. V.) über Selbstvertretung und Mitbestimmung erörtert und im dritten Block wäre die notwendige Überarbeitung des Bundesteilhabegesetzes und auch das unbequeme Thema der Gewalt in Einrichtungen analysiert worden, eingeplante Referentinnen: Anja Schneider (Selbstbestimmt Leben Hannover

e. V.), Dr. Viktoria Przytulla (Monitoringstelle UN-Behindertenrechtskonvention) und Ulrike Haase (Netzwerk behinderter Frauen Berlin e. V.).

Die Konferenz wäre eine wichtige Initiative für die Rechte und Interessen von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen gewesen, deren Absage mehr als nur bedauerlich ist - die Absage ist ein schwerer Schlag für DIE LINKE und für alle, die sich für die Rechte und Interessen von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen einsetzen. Die Konferenz sollte ein Forum für den Austausch von Wissen, Erfahrungen und Forderungen sein, die sich aus der Praxis der Inklusion und Teilhabe ergeben. Sie sollte auch ein Signal an die Bundesregierung sein, dass wir ihre Politik der kleinen Schritte und der leeren Versprechen nicht akzeptieren. Wir wollten zeigen, dass es eine Alternative gibt, die auf Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung basiert.

Die Abspaltung ist mithin auch ein Akt der Ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Die Corona-Pandemie hat die sozialen Ungleichheiten und die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen noch verschärft. Die Arbeitslosigkeit, die Armut, die Isolation und

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Oktober

Beteiligung der Stadtwerke an Energie Harzgerode

Der Stadtrat beschloss mit großer Mehrheit die Gründung der Energie Harzgerode GmbH mit einer 49-% igen Beteiligung der Leipziger Stadtwerke. Die Mehrheit von 51% hält die Stadt Harzgerode, wo sich auch der Firmensitz befindet. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, notwendige Schritte einzuleiten und die dazu erforderlichen Beschlüsse der Gesellschafterversammlung der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH einzuholen. Damit wird sich diese Gesellschaft zu 100 % in öffentlicher Hand befinden. In der Region Leipzig wurden beispielsweise gute Erfahrungen durch die Übernahme von Wohnungen durch gemeinnützig agierende Leipziger Wohnungsgenossenschaften wie die WBG Kontakt e. G. gemacht, wodurch langfristig bezahlbare Mieten in Brandis, Böhlen oder für die langfristig gepachtete Gartenvorstadt Marienbrunn gesichert werden.

Planungs- und Baubeschlüsse für Kitas und Schulen

Der Stadtrat fasste den Teilbaubeschluss für den Neubau der Kindertagesstätte in der Martin-Hermann-Straße 1a in Großzschocher. Gefasst wurde der Planungsbeschluss für die Kita Hans-Beimler-Straße 17 in Möckern für den Neubau eines Interims- sowie die Sanierung mit Teilneubau der Bestandskinder-einrichtung.

Durch gestiegene Baukosten (Material und Energie) entstehen auch bei Schulbauvorhaben Mehrkosten oft im zweistelligen Prozentbereich. Deshalb muss der Stadtrat bei Mehrkosten immer wieder Beschlüsse fassen, um die Finanzierung der Vorhaben durch Umschichtungen im städtischen Doppelhaushalt gesichert werden.

Das geht dann aber häufig zulasten des Baubeginns neuer städtischer Bauvorhaben. So erhöhen sich die Gesamtbaukosten für den

Neubau der 6-Feld-Sporthalle mit Dach-Freisportanlage für die Gemeinschaftsschule im Dösner Weg um 5,5 Mio. auf 28,5 Mio. Euro.

Heime für unbegleitete minderjährige Ausländer

Der Stadtrat fasste den Mehrheitsbeschluss über Mehrausgaben in diesem Jahr für die Einrichtungen der Inobhutnahme unbegleiteter minderjährige Ausländer in der Friesenstraße und der Mühlholzgasse. Der Stadtrat nahm die auch die Information zur Unterbringung von Geflüchteten per 31. August zur Kenntnis.

Ermäßigung für Erbpacht für Geschoßwohnungen

Einstimmig beschloss die Ratsversammlung die Richtlinie über Ermäßigungen bei Erbbaurechtsbestellungen an städtischen Grundstücken überwiegend für den gemeinwohlorientierten Geschosswohnungsbau

die Gewalt sind gestiegen. Die Parteien der Ampel haben darauf nur mit kosmetischen Korrekturen reagiert, die die strukturellen Probleme nicht lösen.

Wir haben eine andere Vision. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir wollen einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen eine gute Arbeit bietet, die ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entspricht. Wir wollen ein Teilhabegesetz, das die individuellen Leistungen garantiert, ohne

die persönliche Situation zu kontrollieren. Wir wollen eine Selbstvertretung und Mitbestimmung, die die Stimme der Betroffenen stärkt und ihre Interessen vertritt. Wir wollen eine Solidarität, die die Vielfalt der Menschen anerkennt und fördert.

Doch: Wir lassen uns von der aktuellen Krise nicht entmutigen. Wir werden weiterhin für unsere Ziele und Werte kämpfen. Wir werden weiterhin mit den Menschen, die von Behinderung und chronischer Erkrankung betroffen sind, und mit allen, die sich für eine

solidarische und gerechte Gesellschaft einsetzen, im Austausch bleiben. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, die Konferenz zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen. Wir werden nicht aufgeben, bis wir echte Teilhabe - mit LINKS - verwirklicht haben.

Das sollte uns allen gemeinsam Ansporn sein, nach der nächsten Bundestagswahl wieder in solider Fraktionsstärke im Bundestag vertreten zu sein. Glück auf!

Bezahlbares Wohnen in der Südvorstadt nach Modernisierung

Siegfried Schlegel Mehrheitlich beschloss die Ratsversammlung am 18. 10. einen Antrag des Stadtbezirkes Süd für Konzepte zum preiswerten und klimagerechten Wohnen sowie zum „Erhalt der diversen Sozialinfrastruktur“ in der Südvorstadt. Danach soll der Oberbürgermeister auf die Geschäftsführung der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) einwirken, dass bei der Sanierung von drei Wohnblöcken in der Kochstraße 13-15 und 59-63 sowie in der August-Bebel-Straße 81-83 behutsame klima- und sozialgerechte Ansätze berücksichtigt werden. Dies soll im Rahmen von Modellprojekten in Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Planern sowie Wissenschaftlern wie von der Hawk erfolgen. Weitere Themen sind bezahlbares

Wohnen, Wohnraumversorgung für Menschen mit Marktzugangsschwierigkeiten oder Denkmal- und Klimaschutz sowie die Einbeziehung der Bewohnerschaft und der Zivilgesellschaft vor Ort. Zusätzlich soll ein Sanierungsrat aus der Anwohnerschaft und „Personen mit Fachkenntnissen“ einberufen und einbezogen werden. Da die LWB ein städtisches Unternehmen ist, muss dieses Gremium aus der gesamten LWB-Mieterschaft oder dem Stadtbezirksbeirat - aber nicht nur Initiativen wie das Netzwerk Leipziger Freiheit. Unabhängig davon sind alle jetzigen verbliebenen Mieter wie bei anderen Sanierungsvorhaben beteiligt werden. In der Diskussion im Stadtrat wurde darauf hingewiesen, dass das Sanierungsvorhaben keine „Eier legende Wollmilchsau“ werden kann.

Zeitverzögerungen, wie im bereits leer gezogenen Wohnblock Kochstraße 13-15, in dem mit der Sanierung bereits begonnen werden sollte, drohen auch den beiden anderen Wohnblöcken, weil die Planung faktisch neu beginnt. Außerdem müssen neue Beschlüsse durch den LWB-Aufsichtsrat gefasst werden. In der Debatte in der Stadtratssitzung wurde zu Recht angemerkt, dass „billige“ Mieten nicht zu Lasten der anderen LWB-Mieter gehen können oder das städtische Unternehmen wirtschaftlich gefährdet werden darf. Es sollte daran erinnert werden, dass DIE LINKE unter „bezahlbarem Wohnen“ die langfristige Bezahlbarkeit des Wohnens für MieterInnen und Vermieter gleichermaßen versteht.

für mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen sowie für Mietwohnungsbau durch Baugemeinschaften.

Stadt nutzt besonderes Vorkaufsrecht in Südwest

Die Ratsversammlung beschloss die Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach Baugesetzbuch zum Bau Wohnquartiere östlich der Zollschuppenstraße in den Ortsteilen Plagwitz und Kleinzschocher. Außer beim Eilenburger Bahnhof hat die im Bundeseigentum befindliche Bundesbahn in den zurückliegenden Jahrzehnten auch an der Stadt Leipzig zahlreiche Liegenschaften veräußert und häufig damit jahrelang eine Nachnutzung verhindert. Immobilienentwickler haben bei Wiederverkäufen mitunter sogar ein Vielfaches des Grundstückkaufpreises.

Anträge der Linken beschlossen

Ohne Gegenstimmen bei 11 Enthaltungen beschloss die Ratsversammlung, dass im

Zuge der Fahrbahndeckensanierung am Kreisel Saturnstraße im Grünauer Wohnkomplex 7 die Anordnung von Fußgängerüberwegen an allen 4 Mittelinseln nicht nur zu geprüft, sondern auf Vorschlag der Verwaltung bereits die Planung veranlasst wird. Hingegen wurde der Antrag zu „fußgängerfreundlichen Ampeln“ erst durch eine Kampfabstimmung von 29 gegen 25 Stimmen vor allem aus CDU und AfD beschlossen. Ein weiterer Antrag der Linken wurde einstimmig ebenso in der Fassung des Verwaltungsvorschlags beschlossen. So soll der Namensvorrat zur Benennung von Straßen und Plätzen nach gründlicher Prüfung des aktuellen Bestands im 1. Quartal 2024 auf der Homepage der Stadt eingestellt werden. Dabei werden auch Hinweise zu bereits vorhandenen Namen aufgenommen und überprüft. Umgesetzt wird bereits vor Beschlussfassung der Antrag der Linkenfraktion für einen auch terminfreien Zugang zu den Dienstleistungen der Bürgerservicebüros, dass seit 1. November wieder möglich ist.

Weitere Anträge beschlossen

So wird auf Antrag des Stadtbezirksbeirats Alt-West geprüft, ob und wie die Fläche zwischen der Haltestelle Henriettenstraße und S-Bahnhof Lindenau in der Aufenthaltsqualität gesteigert werden kann. Auf Antrag der Grünen die Einführung einer digitalen Meldemaske auf der Homepage, auf der Baumfällungen gemeldet werden können. Durch Änderungsantrag der Linken wird zunächst die Rechtmäßigkeit geprüft.

Auf Antrag der SPD soll ein Atelierprogramm unter Beteiligung des Bundesbildender Künstler e. V. etabliert werden. In der Fassung eines Änderungsantrags von SPD und DIE LINKE wurde ein Antrag des Ortschaftsrates Lützschena-Stahmeln zur Erhöhung der finanziellen Förderung der Auwaldstation in 2024 zusätzlich aus Mitteln der Fachförderrichtlinie Umwelt und im Doppelhaushalt 2025-26 durch Einstellung von mehr Mitteln für die Fachförderrichtlinie.

Selbstbespiegelung statt Gesellschaftskritik

Daniel Merbitz Uraufführung „America“ im Schauspiel Leipzig

Die Spielstätte „Diskothek“ im Leipziger Schauspielhaus ist der Ort für zeitgenössische Dramatik und wartet regelmäßig mit Uraufführungen auf. Die Uraufführung von „America“ des Autors Giorgio Ferretti zeigt allerdings wieder einmal die Krise, in der die deutschsprachige Gegenwartsdramatik steckt.

Giorgio Ferretti, 1990 in Italien geboren, wohnt seit 2014 in Deutschland. Er hat Literatur- und Kulturwissenschaften in Italien und Deutschland studiert, wurde 2022 durch die WIENER WORTSTAETTEN mit dem „exil-Dramatiker*innenpreis“ ausgezeichnet. Seit 2019 studiert er am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und schreibt heute seine Texte auf Deutsch.

Nun braucht man diesen Preis nicht allzu hoch aufhängen, denn laut Selbstauskunft verstehen sich die WIENER WORTSTAETTEN „als unabhängiges, kreatives Forschungslabor und Textwerkstatt, als Vermittler zwischen AutorInnen und dem Theaterbetrieb“. Und über das Werkstattniveau ist der Text „America“ auch leider nicht hinausgekommen. Das Wortspiel mit der legendären historischen kunstgewerblichen Wiener Werkstätte suggeriert mehr Substanz als dahintersteckt: eine Dreipersonenveranstaltung (Martina Knoll, Victoria Schopf und Bernhard Studlar).

Es geht um die Suche eines Jugendlichen nach „America“. Ein Land, ein Kontinent, eine Metapher für die sexuelle Identität. Es wird in kurzen Episoden erzählt. Drei Wesen in schwarzen Gummianzügen und pinken Handschuhen eröffnen tanzend die Szenerie. Dazu



(Foto: Rolf Arnold / Schauspiel Leipzig)

Broadway-Requisiten: ein Riesenschminkspiegel mit Glühbirnen, eine goldene kleine runde Treppe. Und ein stilles Örtchen daneben. Eine USA-Karte im Unterricht, der als Fechtstunde dargestellt wird. Videoeinspielungen mit der weltbekannten Mundharmonikamelodie von „Spiel mir das Lied vom Tod“ und eine Einblendung mit dem Text „la petit mort“, ein Synonym für den Orgasmus. Die Handlung ist schwer verständlich. Die Hauptfigur ist verliebt in den Kumpel des Bruders, ein Sportlehrer glotzt den Jungs in knappen Turnhosen ständig auf den Hintern, Flirttipps a lá „nicht freundlich sein zu den Mädchen, sonst bleibst man nur der Freund“, ein hektisches Versandzentrum mit Laufbändern und Paketen und dazu ein Ballett mit schwitzenden blauen Latzhosenträgern und Hologrammen mit antiken Männerstatuen.

Dann tänzelt noch die Freiheitsstatue mit einer beleuchtenden Krone über die Bühne.

Vielleicht hilft ein Blick ins Programmheft, um den Abend zu verstehen. Dort kommt Giorgio Ferretti zu Wort: „Ich habe auf alle

Fälle darüber nachgedacht, was meine Beziehung zu Masturbation ist und was die textuellen Vorbilder sind, die ich mit Masturbation verbinde. Dann habe ich an dieses Lied gedacht, das irgendwie immer sehr präsent war in meinem Leben.“ Der Song „America“ von Gianna Nannini ist gemeint, der dem Stück auch als Namen dient.

Irgendwann ist die Hauptfigur in New York, in einer schummrigen Bar als Barkeeper. Enttäuscht verlässt er wieder den Big Apple, weil sein Begehren zu einem Gast nicht erwidert wird. Ein Luzifer, ein gefallener Engel taucht auf der Bühne auf. Dann verliebt er sich in seinen Arzt. Ein Queen-Hit wird gespielt. Dann der unvermeidliche Regietheaterunsinn: Nebel, Blendlicht, Video.

Regisseurin Salome Schneebeil gibt sich dennoch alle Mühe, aus diesem Text irgendwie einen Theaterabend zu gestalten. Das Ensemble (Samuel Sandriesser, Tilo Krügel, Sasha Hayes, Fritz Manhenke, Johannes Ernst Richard Preißler) ebenso. Samuel Sandriesser ragt heraus und überzeugt mit seiner Ausdrucksstärke und Spielfreude. Er haucht dem flachen Text Kontur ein. Mehr geht nicht und dies ist schon sehr viel.

Keine Gesellschaftskritik, kein Anprangern der sozialen Situation, keine Relevanz für die Gegenwart. Stattdessen infantile sexuelle Selbstbespiegelung. Irgendwie ist der Text in den 1980er-Jahren stecken geblieben, hat bestenfalls einen musealen Charakter. Einen Ghettablaster aufzustellen reicht nicht, um Kritik an den Verhältnissen zu üben.

Vor 100 Jahren

Volker Külow Das gewaltsame Ende des linksrepublikanischen Projekts in Sachsen

Mit der Reichsexekution in Sachsen (und Thüringen) endete Ende Oktober 1923 durch den blutigen Einmarsch der Reichswehr ein kühnes politisches Experiment, das untrennbar mit dem Namen von Erich Zeigner verbunden war. Mit seinem Regierungsantritt am 21. März 1923 hatte ein Vorhaben konkrete Gestalt angenommen, dass bereits Anfang der 20er-Jahre allmählich Fahrt aufgenommen hatte – das sogenannte „linksrepublikanische Projekt“. Angesichts der politischen Rahmenbedingungen im Reich (Besetzung Rheinland, Hyperinflation, steigende rechter Gefahr usw.) stand es von

Beginn unter keinem günstigen Stern, chancenlos war es hingegen aber auch nicht, wie man im Anstand von 100 Jahren feststellen kann.

In jedem Fall bestand in Sachsen aus sozialistischer Sicht Anfang 1923 eine zweite Chance, Staat und Gesellschaft gründlich zu reformieren und genau das zu tun, was 1918/19 nicht gelungen war, nämlich eine soziale Demokratie fest zu installieren. Bereits als Justizminister ab 1921 hatte Erich Zeigner – damals erst 35 Jahre alt – einige wichtige Reformen angestoßen. Mit den

Neuwahlen für den sächsischen Landtag im November 1922 errang die SPD 42 Prozent und die KPD rund 10 Prozent. Die bisherige Politik der SPD-Minderheitsregierung konnte also weiterhin von einer knappen linken Mehrheit getragen werden, allerdings nur, wenn die Kommunisten diese stützten – was diese auch taten. Mit dem Machtantritt Erich Zeigners als Ministerpräsident trat das linksrepublikanische Projekt nunmehr in seine entscheidende Phase.

In seiner Regierungserklärung vom 10. April 1923 erläuterte er einige entscheidende Elemente seiner neuen Politik, wie „die



Entwicklung von der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft vorwärts zu treiben“, wobei „jede Bürokratisierung der Wirtschaft unbedingt vermieden werden soll“. In den wenigen Monaten ihrer Existenz konnte die Regierung naturgemäß keine „Wirtschaftsdemokratie“ durchsetzen, aber ihre Politik stärkte zumindest den zweiten Arbeitsmarkt und festigte die Positionen der Betriebsräte; die Durchsetzung von Tarifverträgen und die Kopplung von staatlichen Aufträgen an deren Umsetzung mutet auch heute noch sehr aktuell an.

Größere Erfolge erzielte die Regierung im wichtigen Kampf um die Demokratisierung der Justiz und der Polizei. Auch die neue Gemeindeordnung entpuppte sich als ein wichtiger Eckpfeiler der Reformen. In der Schulpolitik leitete die sozialistische Regierung wegweisende Neuerungen ein, insbesondere auf der Grundlage eines säkularen Verständnisses von Schule und Bildung. Zeigner sah die Politik seiner Regierung keineswegs auf Sachsen beschränkt. Er betonte vielmehr Sachsens Recht und Anspruch

entsprechend „seinen wirtschaftlichen und sozialen Interessen“, auf die deutsche Politik insgesamt und auf die Außenpolitik mit einwirken zu dürfen. Damit war klar, dass das linksrepublikanische Projekt auf das gesamte Reich ausstrahlen sollte – sehr zum Unwillen der Kanzler Cuno und Stresemann. Die bürgerliche Presse interpretierte das nicht nur als schädlichen Kampf gegen die Reichsregierung, sondern geradezu als politische Anmaßung. Die Forderung Zeigners zum friedlichen Ausgleich mit Frankreich wurde gar als Landesverrat gebrandmarkt.

Mit Zeigners kritischen Ausführungen zur Reichswehr verschärfte sich der Konflikt zwischen dem „roten Sachsen“ und der Reichsregierung weiter. Vor allem die militärische Führung prüfte nunmehr systematisch, wie man das Eingreifen in Sachsen konkret bewerkstelligen kann. Bald stand Zeigner auf verlorenem Posten, da die SPD die Regierung Stresemann mitrug. Am 20. Oktober war es dann soweit. Seit dem 10. Oktober war die KPD mit zwei Ministern (Paul Böttcher und Fritz Heckert) sowie

Heinrich Brandler (Leiter der Staatskanzlei) in der Zeignerregierung direkt vertreten. Nunmehr rückte die Reichswehr unter Führung von General Alfred Müller mit 60.000 Soldaten – darunter viele Anhänger und Mitglieder der „Schwarzen Reichswehr“ – in Sachsen ein und begann mit schonungsloser Härte ihre größte militärische Aktion seit Beendigung des Krieges. Den Vormarsch der Truppe begleitete eine Spur von Gewalttaten: In Freiberg wurde am 27. Oktober ein schreckliches Blutbad mit 29 Toten, 22 Schwerverletzten und etwa 60 Leichtverwundeten angerichtet. Am 29. Oktober lösten Reichswehr und Reichsregierung die legale Regierung unter dem Beifall der bürgerlichen und konservativen Parteien und vor allem der sächsischen Wirtschaft auf.

Die erste gemeinsame Regierung von SPD und KPD – ein singuläres Gebilde nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa – zerbrach nicht in erster Linie an den inneren Schwierigkeiten, sondern durch den Druck von außen und den Einsatz militärischer Machtmittel. Die gewaltsame Beendigung des linksrepublikanischen Projekts war ein schwarzer Tag für die linken Kräfte und zugleich auch schon ein Menetekel für das, was 1933 folgen sollte.

Karl Heinrich Pohl: Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie? Göttingen 2022. Die Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung ist kostenlos erhältlich.

Kulturhistorische Erinnerungs- und Gedenkkultur der Arbeiterbewegung

Kurt Schneider Das vorliegende Septemberheft 2023 der „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ enthält eingangs einen ausführlichen Bericht über die Bestandserschließung und Bestandszüge der Archivs- und Bibliotheksbestände der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO)“ im Jahre 2022. So wurden in dessen Nachlassbereich u. a. die Nachlässe von Karl Schirdewan (NY 4567) und Werner Lamberz (NY 4205) bearbeitet und für die Nutzung zugänglich gemacht. Dem Verzeichnis der Nachlässe ist zu entnehmen, dass neben 32,62 Lfd. m. Schrift- und Archivgut der SED, des IML, des Kulturbundes, der Pionierorganisation etc. die SAPMO im letzten Jahr 58,39 Lfd. m. aus privaten Nachlässen übernahm. Dem folgen präzise Informationen über den Bestand und die Nutzungsmöglichkeiten des Kulturhistorischen Archivs vom am 14. Januar 1993 gegründeten Humanistischen Verband Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg. Das Archiv, das bis 2022

für eine Benutzung nur verbandsintern zur Verfügung stand, bietet die Möglichkeit, sich über die Geschichte des Verbandes, der heute etwa 25.000 konfessionslose Mitglieder zählt, und seiner Vorläufer zu informieren.

In der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand, so wird ferner berichtet, spiegelt sich derzeit in einem Schaudepot unter dem Thema „Für Freiheit und Demokratie“ in Sachzeugnissen des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold (1924-1933)“ – Dokumente, Fotos, Zeitschriften und andere Materialien – die Entwicklung dieser zu unrecht wenig beachteten Massenorganisation zum Schutz der Weimarer Republik authentisch wider. Nachstehend enthält das Heft neue Informationen über Gedenktafeln zum Gedächtnis der Arbeiterbewegung in Jena und Apolda. Dem folgt das traditionelle Interview, diesmal mit der Historikerin und Soziologin Vera Bianchi vor allem zu konkreten Arbeits- und Gestaltungsvorstellungen des Wissenschaftlichen Beirates, dessen Mitglied sie ist, als Ideengeber der Mitteilungen.

Als besonderes Zeitdokument offeriert Siegfried Prokop einen von Frank-Joachim Herrmann verfassten aufschlussreichen Gedenkvermerk über das Vieraugengespräch zwischen Erich Honecker und Franz-Josef Strauß am 11. September 1987 in München., aufbewahrt im Archiv der SAPMO, Bestand ZK der SED, Büro Erich Honecker. Als gemeinsamen Nenner des Gesprächs, das sich von den Lebensinteressen der Menschen beider deutscher Staaten leiten ließ, hebt Prokop hervor: „In den USA werde aber diskutiert, was geschehen solle, ergebe sich doch ein neuer Krieg. In der Militärgografie werde dafür eine Verkürzung auf den deutschen Raum, beiderseits der Grenze, vorgesehen. Dies bedeutete: Die USA in voller Sicherheit, Westeuropa in hoher Sicherheit, wir in vollem Risiko.“ Prokop treffend dazu: „Lege man die Maßstäbe von Honecker und Strauß heute an, würde der gemeinsame Nenner möglicherweise lauten: ‚Die USA in voller Sicherheit, Russland in hoher Sicherheit, Europa in vollem Risiko.‘“

Fortsetzung auf Seite 10

Zwei beachtliche Vorträge verdienen ihre Aufmerksamkeit. Der eine, gehalten von Volker Külöw anlässlich der Jahresversammlung des Fördervereins am 6. Mai 2023, behandelt detailliert die gegenwärtige Pflege des Erbes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Sachsen, bei Hervorhebung der Rolle des Leipziger Felsenkellers, der sich, so Külöw, „zu einem Kristallisationspunkt der innerstädtischen Aktivitäten, die weit über Sachsen ausstrahlen“, entwickelt hat. Der andere, der viel Anklang gefundene Festvortrag von Stefan Heinz im Rahmen der traditionellen Gedenkstunde der Stadt Frankfurt am Main in der Paulskirche zum Thema „Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den NS-Staat und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944“.

Um Gedenkkultur geht es auch in dem ausführlichen Bericht von Klaus Leesch über die Konferenz in der Europäischen Akademie e. V. in Berlin-Grünwald am 17. Februar 2023 zur Vorbereitung der Ausschreibung eines Denkmals für den Reichspräsidenten Paul Löbe (1920-1932), die ausführlich neue Fakten und Einschätzungen zum Leben und

Wirken des sozialdemokratischen Politikers präsentierte. Das Jahr 2024 werde die Zeit für die Künstler sein und 2025 könne eventuell mit der Ausführung und Errichtung/Aufstellung begonnen werden.

Dem schließt sich eine inhaltsreiche Information von Alexander Amberger über ein Podiumsgespräch zum Stand der Stalinismus-Forschung vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges, moderiert von Wladislaw Hedeler, an, zu dem Berliner Debatte Initial, „Helle Panke“ und Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen hatten. Die Gesprächsteilnehmer meinten, dass die Geschichtsforschung im aktuellen Russland stark politisiert sei, was eine sachliche Stalinismus-Aufarbeitung nahezu unmöglich mache. Behauptet wurde, dass Putin einen Krieg gegen Geschichte und Historiker führe.

Nach einer Mizelle, verfasst von Gisela Notz, die an die verdienstvolle Bibliothekarin Marie Nörenberg (1872-1962) erinnert, und mit Nachrufen auf Barbara Kontny und Jürgen Stroech sowie einem Glückwunsch für Heinz Sommer zum 90. Geburtstag schließt das

Militarisierung und Militarismus in Europa und den USA

Alexander Schmidt Rezension des Z-Heftes Nr. 135 (September)

Das neue Z-Heft (Nr. 134) knüpft unmittelbar an die zuletzt erschienenen Hefte 130 und 131 an und setzt damit die Reihe zum Thema Weltordnung, Kräfteverhältnisse und internationale Konflikte fort. Wurden zuletzt ausführliche Analysen zum Ukrainekrieg als Weltordnungskrieg und dem Wandel von Medien und Öffentlichkeit zusammengetragen, sind nun Aufrüstung und Militarisierung Programm. Zusammen mit dem Heft 94 (»Krieg und Rüstung«) können die Hefte ohne falsche Bescheidenheit als konsistenter Korpus zum oben angeführten Themenkomplex betrachtet werden. Eine Beschaffung, so viel sei bereits gesagt, sei also all denjenigen nahegelegt, bei denen ein Interesse an der thematischen Vertiefung besteht.

Der Heftschwerpunkt des aktuellen Heftes zeichnet sich durch Arbeiten aus, die sich mit der Rüstungspolitik und dem militärisch-industriellen Komplex im Kontext der Beziehung zwischen der EU und den USA auseinandersetzen. Dabei konnte die Redaktion internationale Expertise versammeln.

Claude Serfati widmet sich in seinem Aufsatz dem Prozess einer fortschreitenden Militarisierung in der Europäischen Union, dessen Anfänge nicht in der Zeitenwende und damit dem Ukraine-Krieg zu verorten sind, sondern bis ins Jahr 2010 zurückreichen: So ist der Umfang an Investitionen in den Rüstungssektor bereits im Zeitraum der Jahre 2014 bis 2022 um

31 Prozent gestiegen. Aber auch wenn der Krieg selbst nicht als kausale Ursache für die fortschreitende Militarisierung der EU zu werten ist, so doch als ideologische Legitimation und damit Moment der Beschleunigung und Intensivierung dieses Prozesses. Der Autor kann darüber hinaus zeigen, dass eine Militarisierung zum ersten einen wichtigen Pfeiler für den europäischen Imperialismus darstellt und zum zweiten, dass Krieg und Rüstung hochprofitable Geschäftsfelder sind, die zugleich von einer kleinen Zahl internationaler Konzerne kontrolliert werden, an deren Spitze sich auch europäische Fir-

men wie Leonardo und Airbus bewegen. James M. Sypher konzentriert sich in seinem Artikel auf die Geschichte und Entwicklungsformen des US-Militarismus, den er als gesellschaftliche Institution beschreibt, die sowohl „Denkgewohnheiten“, „reflexive Handlungsmuster“ als auch materielle Dinge umfasst und drei Dimensionen miteinander verflechtet: die Rüstungsindustrie als Produzenten, private und öffentliche Abnehmer als Konsumenten sowie den Staat und seine nationalen Sicherheitsinteressen. Der Militarismus kann dabei sowohl als eine Ideologie beschrieben werden sowie als spezifische politische Praxis, die sich in drei Formen äußert: dem militärischen Keynesianismus, dem neoliberalen Militarismus und dem Militarismus der Konzerne. Krieg und Aufrüstung können im Sinne einer politischen Ökonomie als nationales Programm zur Stimulation von Wirtschaft und zur Förderung von Beschäftigung gesehen werden: Rüstungsausgaben als positiver Multiplikatoreffekt für Beschäftigung, Konsum, Investition und das Bruttoinlandsprodukt. Krieg, das kann Sypher deutlich zeigen, dient somit auch der inneren Stabilisierung durch Krisenverschiebung: Nicht der New Deal hatte die USA gerettet, sondern die Rüstungsaufträge aus Europa und Asien während des Zweiten Weltkrieges wirkten als exogenes Stimulationsmoment und damit als hinreichende Bedingung zur Konsolidierung der Wirtschaft.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 135, September 2023

Rüstungspolitik und MIK: EU und USA
 Serfati – Militarisierung der EU/Cypher – Politische Ökonomie des US-Militarismus/Wahl – Internationale Vergleichbarkeit von Militärausgaben/Wagner – EU – USA; Vasall, Partner, Gegner?/Demirel – Strategische Autonomie und Europäischer Rüstungskomplex/Marischka – Digitaler MIK?

Politik und Theorie im Jahr 1923
 Hesselbarth – Das Scheitern der Thüringer Arbeiterregierung/Göcht – Georg Lukács’ Geschichte und Klassenbewusstsein

Marx-Engels-Forschung
 Schwarz – Neuausgabe MEW 21: Engels’ politische und theoretische Interventionen unter dem Sozialistengesetz

Und:
 Prokop – Politik der UdSSR und der 17. Juni 1953/Weiß – Der lange Weg zum Ende des Vietnamkrieges/Brinkmann – DDR und -Henrietta-Effekt- (II)/Leisewitz – Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur der BRD 1996 – 2019 (IV)/Metscher – Faust und die Dialektik

Sowie: Kommentare; Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Einzelpreis 10,00 Euro

Förderkreis Archive und Bibliotheken
zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Mitteilungen

AUS DEM INHALT:

Olaf Schünke
Das Kulturhistorische Archiv (KHA) des Humanistischen Verbandes Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD-BB)

Stefan Heinz
„Für Freiheit und Demokratie!“ Das Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (1924-1933) in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Siegfried Prokop
Europa in vollem Risiko? Das Vieraugengespräch von Erich Honecker und Franz Josef Strauß im September 1987

Volker Külöw
Vom Felsenkeller nach Falkenstein und zurück. Einige Bemerkungen zur gegenwärtigen Pflege des Erbes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Sachsen

Gisela Notz
Die Bibliothekarin Marie Nörenberg (1872-1962)
Interview mit Vera Bianchi

64

September 2023

inhaltsreiche, empfehlenswerte Heft mit 23 Seiten Buchbesprechungen & Literaturhinweise, die über aktuelle Veröffentlichungen informieren.

① Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Heft 64, September 2023, 100 Seiten. Die Schutzgebühr beträgt für Nichtmitglieder 3 €, zuzüglich Versandgebühr.



3 Bilder aus dem Oktober:

Bild links oben: Unter dem Motto „Gemeinsam, jetzt! Für eine starke LINKE“ diskutierten wir am 20. Oktober im gut besuchten Ost-Passage-Theater. Als Gäste konnten wir dabei den Co-Vorsitzenden von DIE LINKE Martin Schirdewan, die Vorsitzenden von DIE LINKE Sachsen Susanne Schaper und Stefan Hartmann sowie die EU Kandidatin Ines Schwerdtner begrüßen. Moderiert wurde der Abend von unserem Vorsitzenden Adam Bednarsky.

Bild rechts oben: Am 27. Oktober hatten wir in Leipzig Gregor Gysi, Ines Schwerdtner und Tobias Bank zu Gast. Bei der parteiinternen Veranstaltung in der Galerie KUB sprachen sie über die Lage der Partei und hatten ein offenes Ohr für die Belange der GenossInnen.

Bild rechts unten: Am 18. Oktober hat der Leipziger Stadtrat der Initiative „Südvorstadt für alle“ zugestimmt. Der Antrag des Stadtbezirksbeirats Süd begehrt ein Modellprojekt für die soziale und klimagerechte Sanierung von drei Wohnblöcken der LWB in der Südvorstadt. Hinter die gleichnamige Petition haben sich über 3500 LeipzigerInnen, der BUND und der DGB gestellt. Unsere Fraktion hat die Initiative von Stadtbezirksbeirat, Mieter*innen und Zivilgesellschaft tatkräftig unterstützt und begrüßt den Beschluss.



Fotos: privat

Die Artikel von Jürgen Wagner und Özlem Alev Demirel können dabei als direkter Anschluss und Erweiterung der Ansätze von Serfati und Sypher gelesen werden, die den Fokus auf die Beziehung zwischen der EU und den USA legen, womit die fortschreitende Militarisierung der EU besser kontextualisiert und damit besser verständlich wird: Zwar ist die EU nach wie vor ein Bündnispartner der USA im Konflikt zwischen den hegemonialen Akteuren des Westens und den Newcomern der BRICS-Staaten (vor allem China und Russland), jedoch zeigt sich, dass die EU und damit Staaten wie Deutschland und Frankreich eigene ökonomische und politische Interessen haben, die diese nicht nur in eine Rivalität zur USA setzen, sondern gleichzeitig das von Serfati beschriebene Drängen der EU-Kommission auf mehr strategische Autonomie und Handlungsfähigkeit als Notwendigkeit für eine Befreiung aus der militärischen Abhängigkeit von den USA erklären.

Die Arbeiten von Peter Wahl und Christoph Marischka wiederum widmen sich dagegen speziellen Problemen. Ersterer wendet sich der adäquaten Messung von Rüstungsausgaben und ihrer Vergleichbarkeit zu; Letzterer der Verflechtung von Digital- und Rüs-

tungsindustrie und damit von Wissenschaft, Wirtschaft und Militär.

Des Weiteren finden sich neben dem Heftschwerpunkt wieder eine Reihe weiterer spannender Beiträge zur Thüringer Arbeiterregierung im Jahr 1923, Lukács Epochenwerk »Geschichte und Klassenbewusstsein« sowie zu politischen und theoretischen Interventionen des späten Engels unterm Sozialistengesetz Bismarcks. Von großem Wert erscheint auch die Fortsetzung Ulrich Brinkmanns Auseinandersetzung mit dem Verschleiß „ökonomischer und ideologischer Ressourcen“ als einem endogenen Faktor für den Zusammenbruch der DDR sowie André Leisewitz Langzeitstudie zum Wandel in der Sozialstruktur der Bundesrepublik im Zeitraum von 1996 bis 2020. Ebenso finden sich wieder eine Reihe an Diskussions- und Debattenbeiträgen, Berichte von Konferenzen und Veranstaltungen sowie Kommentare zum gegenwärtigen politischen Geschehen. Fazit: Auch das aktuelle Z-Heft ist gespickt mit aufschlussreichen und interessanten Beiträgen, weshalb auch für das neue Z-Heft mit bestem Wissen und Gewissen eine Kaufempfehlung ausgesprochen werden kann.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Leipzig konkret:** Kurz vor Jahreswechsel gibt es eine neue Ausgabe unserer Massenverteilung Leipzig konkret. Dabei handelt es sich um die 8. Ausgabe der LINKEN Stadtzeitung. Neben Susanne und Stefan, den Spitzenkandidatinnen zur Landtagswahl, und Rico, dem aktuellen Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion, finden sich darin auch Artikel von Gesine, Gregor und Sören, unseren drei direkt gewählten MdB. Ein weiterer Schwerpunkt der Zeitung ist die Arbeit unserer Stadtratsfraktion. Aber auch an das klassische Kreuzworträtsel (mit vielen Buchpreisen) wurde gedacht. Wir haben davon 50.000 Exemplare gedruckt, welche im Liebknecht-Haus zur Abholung bereitstehen.
- **Mitteilungsblatt 12/2023 – 1/2024:** Die nächste Ausgabe des MiB wird unsere Doppelnummer zum Jahreswechsel. Bitte beachtet dies bei der Abgabe von Texten und Terminen.



Alle Infos über die Demo in Berlin unter: <https://nie-wieder-krieg.org>

Roter Freitag: Schöne neue Welt: „Die Digitalisierung nimmt uns die Arbeitsplätze weg!“. Einführung in die Kritik der Digitalisierungserzählungen und was Künstliche Intelligenz, Roboter und Co. für uns bedeuten.

Wann: Fr., 24. November 2023, 18:00 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Eine bekannte Passage aus Karl Marx' „Kapital“ ist der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“. Im 21. Jahrhundert zeigt sich der stumme Zwang in verschiedenen Sujets. „Die Digitalisierung“ mit allerlei ostentativen Illustrationen von Chancen und Risiken ist eines davon. Marxistisch Bewanderte können „die Digitalisierung“ sicherlich als

Produktivkraftsteigerung und Mittel der Profitmehrung einstufen. Was es damit allerdings genau auf sich hat und welche Herleitung es benötigt, um das Thema in die bestehenden Herrschaftsdiskurse kritisch einzuordnen, ist Gegenstand dieses Seminars. Also: "Wessen Digitalisierung zu wessen Nutzen?"

Vielleicht ist dieser Workshop für all jene interessant, welche den FDP-Wahlslogan „Digitalisierung first, Bedenken Second“ schon immer irrsinnig fanden, sich aber noch keine Rechenschaft über die Interessen der Kapitalseite an der Digitalisierung ablegten und sich noch nicht fragten, welche Stellung Lohnabhängige hierbei beziehen sollten. Der Workshop bietet für all jene einführende Argumente gegen das Dafürsein.

① Für die Anmeldung schreibe eine kurze Mail an: christian.annecke@dielinke-leipzig.de

Vorweihnächtliches Kaffeetrinken mit Sören Pellmann in der "Langen Lene" in Probstheida

Wann: Do., 7. Dezember 2023, 18:00 Uhr
Wo: Alter, Leben & Gesundheit e.V., „Lange Lene“, Lene-Voigt-Str. 4, 04289 Leipzig

Gäste sind herzlich willkommen!
Mit Margitta Hollick und Sören Pellmann.

① Für die Anmeldung schreibe uns eine kurze Mail an: soeren.pellmann@bundestag.de oder rufe uns an unter: 0341/23 18 440

Roter Freitag: Mit voller Kraft ins neue Jahr. Einführung in die politische Jahresplanung, ins Projektmanagement und in die Dateioorganisation

Wann: Fr., 8. Dezember 2023, 18:00 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Fast alle Genoss*innen kennen das: Das Jahr neigt sich zu Ende und die Jahresplanung für das kommende Jahr steht an. Dazu kommen noch lauter nicht abgeschlossene Projekte, viele unbeantwortete E-Mails und der Computer könnte auch mal wieder aufgeräumt werden. Dass klassisches Projektmanagement oft nicht zum Ziel führt, haben einige bereits erkannt.

Durch Wissen zu den verschiedenen agilen Projektmanagementansätzen bringst du dich also in eine gute Position, um die eigene Partearbeit besser zu organisieren. Egal, was deine Rolle ist – mit deinen neuen Fähigkeiten wirst du Handwerkszeug an die Hand bekommen, um politisch besser arbeiten zu können. Deine Projekte bringst du schneller voran und erzielst auch noch bessere Ergebnisse.

In dem Seminar für Projektmanagement, Jahresplanung und Dateioorganisation erhältst du nicht nur einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Methoden. Du erfährst auch, wie du sie selbst in klassischen Umfeldern einsetzen kannst.

① Für die Anmeldung schreibe eine kurze Mail an: christian.annecke@dielinke-leipzig.de

Neue Wanderausstellung des Deutschen Bundestages erstmalig in Grünau „gezeigt“

Marianne Küng-Vildebrand Auf Initiative von Sören Pellmann, MdB, konnte die neue Wanderausstellung des Deutschen Bundestages erstmalig in seinem Wahlkreis in Grünau vom 30. Oktober bis 3. November 2023 gezeigt werden. Der OFT Völkerfreundschaft stellte seine Räume dafür zur Verfügung. Dabei wurde die Öffentlichkeit über das Parlament und seinen Mitgliedern informiert. Bürgerinnen und Bürger sowie Schülerinnen und

Schülern hatten die Möglichkeit, mit dem Abgeordneten in Kontakt zu kommen und aus erster Hand Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments kennenzulernen.

Die Wanderausstellung wurde kürzlich umfassend modernisiert und digitalisiert, um dessen Attraktivität zu steigern. Die neue Ausstellung besteht nun aus 16 großen Schautafeln mit acht Monitoren, einem Multifunktionskubus und einem sogenannten Touch-Tisch. Über das eigene Smartphone der Besucher stand ein Multi-Media-Guide zur Anwendung zur Verfügung. Auf einer der digitalen Schautafeln wurden die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises mit

Foto vorgestellt. Zudem gab es Quizspiele, ein „Glücksrad“ und eine „Fotowand“ für Selfie-Bilder mit Bundestagshintergrund. Informationsmaterial und Souvenirs konnten kostenlos mitgenommen werden.

Wer gerne den Deutschen Bundestag vor Ort von innen sehen möchte, hat auch die Möglichkeit, sich für eine zweitägige Besucherreise beim Abgeordnetenbüro von Sören Pellmann anmelden.

Melde Dich dafür per Telefon unter der Nummer 0341 / 23 18 440 oder unter mittels E-Mail soeren.pellmann@bundestag.de an.



Foto: Team Sören Pellmann

Impressum

Herausgeberin:
Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (v.i.s.a.P.), Steffi Deutschmann, Adam Bednarsky
Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 04.12., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.